

Vorlage Nr. I/180/2017
für den Magistrat

Anzahl Anlagen: 0

Organisationsstruktur der Magistratskanzlei; hier: Aufhebung der Zuordnung des Bereichs "Wirtschaftspolitische Koordinierung und Planung" (MK 4)

A Problem

Mit Wirkung vom 01.01.2000 wurde die Magistratskanzlei gebildet (Beschlüsse Nr. 1629 vom 22.12.1999 und Nr. 161 vom 16.02.2000), der seit diesem Zeitpunkt auch der Bereich "Wirtschaftspolitische Koordinierung und Planung" (MK 4) angehört. Die Besonderheit besteht seither darin, dass die Aufgaben überwiegend strategischen und konzeptionellen Inhalts dieses nur durch eine Person vertretenen Bereichs in Personalunion vom Leiter des Referats für Wirtschaft wahrgenommen werden. Dessen Stelle und das Personalkostenbudget sind im Kapitel 6002 (Magistratskanzlei) ausgewiesen.

Inzwischen entspricht diese Zuordnung nicht mehr den tatsächlichen Gegebenheiten, da aufgrund der faktischen Entwicklung die Aufgaben des genannten Bereichs unabhängig von der organisatorischen Einbindung in die Magistratskanzlei direkt, unmittelbar und eigenverantwortlich vom Leiter des Referats für Wirtschaft im Rahmen dessen Leitungsfunktion wahrgenommen werden. – Im Einzelfall erforderliche und übliche Abstimmungsprozesse mit der Magistratskanzlei bleiben davon unberührt.

B Lösung

Der Bereich "Wirtschaftspolitische Koordinierung und Planung" der Magistratskanzlei (MK 4) wird mit Wirkung vom 01.07.2017 aufgelöst. Die Stelle 2 0 001 sowie das zugehörige Personalkostenbudget sind dem Grundsatz der Haushaltswahrheit und –klarheit entsprechend zum Kapitel 6775 des Referats für Wirtschaft zu verlagern.

C Alternativen

Keine, die aufgrund der Sachlage vertretbar erscheint.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Die finanziellen Auswirkungen des Beschlussvorschlags bestehen in der Verlagerung von Stelle und Personalkostenbudget vom Kapitel 6002 (Magistratskanzlei) zum Kapitel 6775 (Referat für Wirtschaft).

Anhaltspunkte für geschlechter- und klimaschutzzielrelevante Auswirkungen bestehen nicht. Besondere Belange von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, Menschen mit Behinderung oder des Sports sind nicht betroffen. Eine besondere örtliche Betroffenheit eines Stadtteils kann nicht festgestellt werden.

E Beteiligung / Abstimmung

Die Vorlage ist mit dem Referat für Wirtschaft und dem Personalamt abgestimmt. Das Mitbestimmungsverfahren ist noch einzuleiten.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Keine. / Eine Veröffentlichung der Vorlage nach dem BremIFG wird sichergestellt.

G Beschlussvorschlag

Die Organisationsstruktur der Magistratskanzlei wird mit Wirkung vom 01.07.2017 wie folgt geändert:

Der Bereich "Wirtschaftspolitische Koordinierung und Planung" (MK 4) wird aufgelöst. Die betreffende Stelle 2 0 001 sowie das zugehörige Personalkostenbudget sind dem Grundsatz der Haushaltswahrheit und -klarheit entsprechend vom Kapitel 6002 der Magistratskanzlei zum Kapitel 6775 des Referats für Wirtschaft zu verlagern.

Grantz
Oberbürgermeister